



## Verein für friedenspolitische und demokratische Bildung e. V.

c/o Heidrun Kisters, Schulstr. 20, 55481 Kirchberg/Hunsrück  
Tel.: 06763/4614, Mail: [heidrun.kisters@t-online.de](mailto:heidrun.kisters@t-online.de)

### *Presseinformation*

#### **Bundeswehr raus aus den Schulen**

*FI Rhein-Hunsrück kritisiert in Schreiben an Ministerpräsidentin Malu Dreyer zunehmende Bundeswehr-Werbung an Schulen*

Die Hunsrücker Friedensbewegung hat in einem Schreiben an die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer deutliche Kritik an der zunehmenden Werbung der Bundeswehr an den Schulen des Landes geäußert. Nach Ansicht der Friedensbewegung sollten Schulen Orte ohne Militär sein, auch dürfe militärisches Denken nicht immer stärker in das zivile Leben vordringen, heißt es in dem Schreiben.

In dem Brief an die rheinland-pfälzische Regierungschefin verweist die Hunsrücker Friedensbewegung auf Beispiele an Schulen im Land, so in Kirn, wo die Bundeswehr Schülern die Möglichkeit eröffnet hat, an einem sportlichen Leistungstest teilzunehmen, um so über körperliche Stärken und Schwächen Auskunft zu erhalten und durch eine Urkunde auch eine Unterlage für spätere berufliche Bewerbungen zu bekommen. In Kastellaun hätten beim diesjährigen „Girls Day“ minderjährige Schülerinnen „im Gleichschritt“, wie es im Zeitungsbericht hieß, die Arbeit der Bundeswehr kennenlernen können und dabei auch eine „dynamische Waffenschau“ erlebt. Und in Mayen seien beim „Girls Day“ im vergangenen Jahr elfjährige Schülerinnen militärische Schutzwesten und Stahlhelme anlegen können.

„Das sind Beispiele, die wir nicht einfach so hinnehmen können oder wollen“, heißt es im Schreiben der Hunsrücker Friedensbewegung an Malu Dreyer. Werde hier nicht unter falschen Voraussetzungen für Kriegseinsätze geworben und wäre es nicht besser, an den Schulen würden die jungen Menschen erfahren, dass zivile Konfliktlösungen sinnvoller als militärische wären, fragt die FI Rhein-Hunsrück.

Die Hunsrücker Friedensbewegung weist in ihrem Schreiben darauf hin, dass laut Landesregierung 2010 und 2011 338 beziehungsweise 205 Veranstaltungen der Bundeswehr an Schulen stattfanden, 2012 waren es 333 Veranstaltungen. Dem stünden laut Landesregierung 2012 lediglich sechs Veranstaltungen des Netzwerkes Friedensbildung gegenüber. Die Bundesregierung habe mitgeteilt, dass im vergangenen Jahr von der Bundeswehr für diese Arbeit Personalausgaben von insgesamt 27,2 Millionen Euro verausgabt wurden. „Wir denken, wir brauchen nicht zu erwähnen, wie viel Geld das Netz-

werk Friedensbildung in Rheinland-Pfalz für eine Information an den Schulen zur Verfügung steht“, kommentiert dies die FI Rhein-Hunsrück in ihrem Schreiben.

Die Hunsrücker Friedensbewegung bittet daher Ministerpräsidentin Malu Dreyer, die im Februar 2010 abgeschlossene Rahmenvereinbarung mit der Bundeswehr über die Einbindung von Jugendoffizieren in den schulischen Unterricht zu überdenken und vor allem dafür zu sorgen, dass solche Formen der militärischen Werbung wie an der Schule in Kirn oder bei den Girls Days unterbleiben.

Kirchberg, 12. Mai 2014

**Anhang:**

Schreiben an Ministerpräsidentin Malu Dreyer



c/o Heidrun Kisters, Schulstr. 20, 55481 Kirchberg, Tel. 06763-4614, eMail: [heidrun.kisters@t-online.de](mailto:heidrun.kisters@t-online.de)

Frau Ministerpräsidentin  
Malu Dreyer  
Staatskanzlei  
Peter-Altmeier-Allee 1  
Am Kronberger Hof 6  
  
55116 Mainz

Kirchberg, 12. Mai 2014

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,

mit Sorge beobachten wir seit Jahren eine Zunahme der Werbung der Bundeswehr an den Schulen des Landes, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 und der damit verbundenen Nachwuchssuche der Bundeswehr.

Im Februar 2010 hat das Land Rheinland-Pfalz eine Rahmenvereinbarung mit der Bundeswehr über die Einbindung von Jugendoffizieren in den schulischen Unterricht getroffen, die auf deutliche Kritik auch aus der Friedensbewegung stieß. Nicht zuletzt deshalb wurde im August 2011 eine Kooperationsvereinbarung des rheinland-pfälzischen Bildungsministeriums mit dem Netzwerk Friedensbildung, dem auch die FI Rhein-Hunsrück angehört, unterzeichnet, um so auch eine Möglichkeit der Friedensbildung an den Schulen des Landes zu ermöglichen.

Wie das rheinland-pfälzische Bildungsministerium im Landtag im Oktober 2013 auf eine Anfrage aus der CDU-Landtagsfraktion mitteilte, gab es 2010 und 2011 338 bzw. 205 Veranstaltungen der Bundeswehr in Schulen, 2012 waren es 333 Veranstaltungen. Dem stehen laut Mitteilung der Landesregierung auf eine Anfrage der CDU-Fraktion im Landtag im Juli 2013 insgesamt lediglich sechs Veranstaltungen des Netzwerkes Friedensbildung gegenüber.

Auch wenn das Netzwerk Friedensbildung sich derzeit noch in einer Aufbauphase befindet, so sprechen diese Zahlen in unseren Augen dennoch eine deutliche Sprache, die wir als bedenklich empfinden. Nicht nur das. Vor wenigen Tagen hat die Bundesregierung im Deutschen Bundestag mitgeteilt, dass im vergangenen Jahr sogenannte Karriereberater der Bundeswehr 8700 Vorträge an deutschen Schulen gehalten haben, dazu warb die Bundeswehr auf 600 Ausstellungen, Jobmessen, Projekttagen und organisierte 3300 Truppenbesuche. Laut Bundesregierung wurden von der Bundeswehr dafür bei den Personalausgaben für

Jugendoffiziere rund 4,5 Millionen Euro, für Karriereberater rund 22,7 Millionen Euro verausgabt. Wir denken, wir brauchen nicht zu erwähnen, wie viel Geld dem Netzwerk Friedensbildung in Rheinland-Pfalz für eine Information an den Schulen zur Verfügung steht.

Doch es ist nicht allein dieses Ungleichgewicht, das uns große Sorgen bereitet. Es ist auch die Art und Weise, wie die Bundeswehr an den Schulen tätig wird. So liegt uns beispielsweise ein Schreiben der Realschule plus Kirn vom März diesen Jahres vor, wo Schülern die Möglichkeit eröffnet wird, an einem Leistungstest der Bundeswehr teilzunehmen, um so über ihre körperliche Stärken und Schwächen Auskunft zu erhalten und eine Urkunde für spätere berufliche Bewerbungen zu bekommen. Und nicht nur das: Eltern, die nicht möchten, dass ihre Kinder daran teilnehmen, mussten diese Absage sogar mit einer schriftlichen Begründung der Schule anzeigen.

Beim Girls Day in diesem Jahr konnten minderjährige Schülerinnen in der Hunsrück-Kaserne in Kastellaun laut Bericht der Rhein-Hunsrück-Zeitung „im Gleichschritt“ die Arbeit der Bundeswehr kennenlernen und erlebten eine „dynamische Waffenschau“. Beim Girls Day 2013 bekamen elfjährige Schülerinnen laut Bericht der Rhein-Zeitung in der General-Delius-Kaserne in Mayen eine militärische Schutzweste und einen Stahlhelm angelegt, um das Leben der Soldaten kennenzulernen.

Dies alles sind Beispiele, die mit Sicherheit leicht ergänzt werden können, die wir aber nicht einfach so hinnehmen können oder wollen. Wo erfahren die Schülerinnen und Schüler etwas über das Leid, das auch Soldaten in die Welt bringen oder die Gefahren, die bei Auslandseinsätzen auf sie warten? Ist Soldat wirklich ein Beruf wie jeder andere? Wird hier nicht unter falschen Voraussetzungen für Kriegseinsätze geworben? Wäre es nicht besser, an den Schulen würden die jungen Menschen stattdessen erfahren, dass zivile Konfliktlösungen sinnvoller sind als militärische? Es kann und darf doch nicht sein, dass militärisches Denken immer stärker in das zivile Leben vordringt. Schulen sollten unseres Erachtens Orte ohne Militär sein.

Wir möchten Sie, Frau Ministerpräsidentin, daher bitten, die bestehende Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr in Rheinland-Pfalz nochmals zu überdenken und vor allem dafür zu sorgen, dass solche Formen der militärischen Werbung wie an der Schule in Kirn oder bei den Girls Days geschehen, unterbleiben.

Für Ihre Bemühungen danken wir ganz herzlich und stehen für Gespräche jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

(Heidrun Kisters)